

SPD-Gemeinderatsfraktion

Vorlage Nr.: 2022/1080

Eingang: 27.09.2022

## Fortführung der alltagsintegrierten Sprachförderung in Kitas

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	25.10.2022	35	X	
Gemeinderat	20.12.2022	37	x	

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die im Rahmen des auslaufenden Bundes-Modellprogramms "Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" des BMFSFJ aufgebauten Angebote und Personalkapazitäten übergangsweise weiter zu betreiben und zu finanzieren,
2. und möglichst in Abstimmung mit anderen Kommunen und kommunalen Verbänden auf die Landesregierung einzuwirken, eine dauerhafte und zukunftsfähige Finanzierung entsprechender Angebote der Sprachförderung zu gewährleisten.

### Begründung/Einordnung:

Der frühkindliche Spracherwerb ist ein Schlüssel zur Integration ins gesellschaftliche Leben einschließlich der Bildungs- und Berufswelt. Insbesondere Kindern aus sozial benachteiligten Familien werden durch die frühzeitige und gezielte Sprachförderung wichtige Kompetenzen, Bildungschancen und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe eröffnet. Daher hat die SPD-Fraktion bereits 2010 ein Konzept zur Sprachförderung in allen Kindertagesstätten eingefordert und der Gemeinderat 2012 eine Förderrichtlinie "Sprachförderung in Kindertagesstätten in Karlsruhe" beschlossen.

Mittlerweile konnte die städtische Förderung weitestgehend durch Bundesmittel ersetzt werden. Auch mit dem seit 2016 bestehenden und jetzt auslaufenden Modellprogramm "Sprach-Kitas" sowie dessen von 2011 bis 2015 betriebenen Vorläufer "Frühe Chancen: Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration" wurden Nutzen und Erfolg der frühkindlichen Sprachförderung nachgewiesen. Dabei wurden wichtige Kompetenzen und personelle Ressourcen in den beteiligten Einrichtungen aufgebaut, die nun langfristig erhalten werden müssen, um sowohl den betroffenen Eltern mit ihren Kindern als auch den Mitarbeitenden eine sichere Perspektive zu bieten.

Rasches Handeln ist geboten, um die Sprachförderkräfte auch über das Jahresende hinaus zu halten. Es ist erforderlich, den fest in den Kindertagesstätten verorteten Fachkräften Verlässlichkeit zu signalisieren und deren wichtige Arbeit zu sichern. In Anbetracht des Fachkräftemangels ist ein solches Vorgehen unabdingbar.

Da die Beendigung der Pilotprogramme aufgrund der zur Verantwortung der Länder gehörenden Bildung von vorneherein geplant und vorgegeben war, sind diese nun in der Pflicht. Gerade vor dem gestiegenen Bedarf an Sprachförderung durch die Integration Geflüchteter insbesondere aus der Ukraine ist eine Fortführung der Angebote dringend geboten. Da die bisherige Reaktion der grün-schwarzen Landesregierung völlig unzureichend ausfällt, muss auch die Verwaltung hier politischen Druck aufbauen, um eine tragfähige Lösung für diese wichtige Bildungsmaßnahme zu gewährleisten.

Unterzeichnet von:  
Yvette Melchion  
Irene Moser